



Demokratieabbau in NRW!

Gegen die ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Bedenken von Experten und dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs NRW haben CDU und FDP mit ihrer Mehrheit die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeister und Landratswahlen beschlossen. Damit ist es nun möglich Bürgermeister zu werden, ohne die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen.

Die SPD will mehr Demokratie, nicht weniger!

Diese Entwicklung ist tragisch, denn vor Ort wird der demokratische Prozess unmittelbar spürbar. Als Repräsentant der Bürger einer Stadt brauchen Bürgermeister eine echte demokratische Legitimation. Ich bin sehr froh, dass die SPD-Fraktion den Gang vor den Verfassungsgerichtshof angekündigt hat.

Ebenfalls enthalten in dem beschlossenen Demokratieabbau ist eine Anpassung der Wahlbezirke. Zukünftig spielt die Anzahl der Einwohner eines Bezirkes keine Rolle mehr, sondern nur noch die Zahl der Wahlberechtigten. Damit werden kinderreiche Bezirke ebenso benachteiligt, wie solche, in denen viele nicht-EU Ausländer leben.

Es ist sehr leicht zu durchschauen, worum es bei diesen Maßnahmen geht. Die letzten Wahlen zeigen in ganz NRW deutlich, dass CDU Bürgermeister in Stichwahlen wesentlich häufiger geschlagen werden, als wenn



Bild: fotokla/Christian Schauer

es nur einen Wahlgang gegeben hätte. Dass die CDU auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ablehnt, ist konsequent im mangelnden Respekt vor den Wählern.

Jahresempfang der SPD-Kreistagsfraktion (Video):

[Dierk Timm spricht zum Strukturwandel und Prof. Dr. Trabert zum Thema „Gesundheit ist ein Grundrecht“](#)

Rendite geht vor!

Die Grundsteuer bildet eine der wichtigsten Einnahmequellen für kommunale Haushalte. Die bisherige Regelung musste dringend überarbeitet werden und eigentlich gibt es dazu einen Entwurf von Finanzminister Scholz, der breite Zustimmung finden sollte. Die CSU in Bayern lehnt die eine faire Neuregelung bisher ab und wollte Sonderregeln einbringen, die in der Praxis bedeuten würden, dass Villen in Toplagen genau so viel bezahlen müssten, wie ein normales Vorstadtreihenhaus.

Diese Idee findet (keine Überraschung) auch Zuspruch bei der FDP in NRW und Ministerpräsident Laschet hat Angst vor Ärger mit der bayrischen Schwesterpartei. Dadurch wird nun eine Reform blockiert, die langfristig die kommunale Finanzierung sichert und Grundstückspekulation verhindert.

Diese Politik, die die Städte und Kommunen in NRW der finanziellen Planungssicherheit beraubt, passt leider nahtlos in die Reihe von Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung, die einseitig Renditeinteressen gehorcht, aber die Belange der breiten Bevölkerung ignoriert.

Ihr